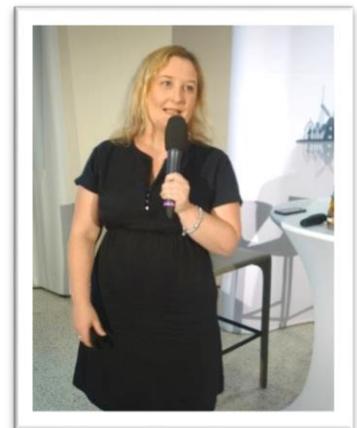


Die Geforderte Mitte – Vorstellung der FES-Mitte-Studie

15. Februar 2022, Online

Das Landesbüro Niedersachsen lud am 15. Februar zur Vorstellung der aktuellen FES-Mitte-Studie (diese Umfragen gibt es bereits seit 2006 im zweijährigen Rhythmus) „Die Geforderte Mitte“ im Online-Format ein. Der Leiter des Landesbüros Stephan Meuser begrüßte zu diesem Anlass etwa 100 Teilnehmer_innen. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten die Referent_innen unter anderem, welche Verschiebungen durch die aktuelle Corona-Krise es bei den rechtsextremistischen Einstellungen der Bevölkerung gibt und was geeignete Schritte sein können um einer weiteren Verbreitung vorzubeugen.

Zunächst wurden die Ergebnisse der aktuellen Mitte-Studie wurde von **Franziska Schröter**, Projekt gegen Rechtsextremismus der Friedrich-Ebert-Stiftung und Herausgeberin, vorgestellt. Die zentralen Befunde, die sich herauskristallisierten, zeigen, dass rechtsextremistische und rechtspopulistische Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft reichen und sich durch die Corona-Krise neue Herausforderungen des Umgangs mit Verschwörungsmymen und teils völlig absurd anmutenden „Fake News“ stellen. Enttäuschend ist in dem Zusammenhang der Befund, dass 21 % der Studienteilnehmer politisches Engagement für sinnlos halten und 16 % der Meinung sind, dass die Parteien ohnehin nur das „Volk belügen“. Positiv stimmt hingegen, dass sich drei Viertel der Befragten als „überzeugte Demokraten“ einschätzen und ein geschlossen rechtsextremes Weltbild nur bei 2-3 % der Bevölkerung anzutreffen ist. Als Aufgabe für uns alle leitete Franziska Schröter ab, dass jede_r versuchen solle, auch im eigenen persönlichen Umfeld, wissenschaftliche Fakten gegen oftmals verschwurbelte Ansichten zu verteidigen und hier keinen Diskurs zu erlauben, der beides als gleichwertig ansieht.



Franziska Schröter

Der niedersächsische Minister für Inneres und Sport **Boris Pistorius**, der auf die Aktualität der Mitte-Studie hinwies, indem er auf gegenwärtige Gewalttaten und die sogenannten „Querdenker-



Boris Pistorius

Demos“ aufmerksam machte, beschrieb eindrücklich, dass der Kampf um politische Meinungshoheit inzwischen auch wieder vermehrt "auf der Straße“ stattfindet. Die Verrohung des gesellschaftlichen Diskurses, die sich insbesondere in den sozialen Medien zeige, mache ihm große Sorgen. Er rief daher dazu auf, z.B. Corona-Leugner nicht zu bestärken und Partei zu ergreifen für Journalist_innen, die bedrängt und unter Druck gesetzt werden. Ebenso wichtig sei es, dass wir Alle den Mut zur Verantwortung im Umgang mit rechtsextremen Meinungen aufbrächten-, Denn ohne starke Gegenpositionen sterbe die Demokratie von „Unten“, so der Befund des Innenministers.

Der Abteilungsleiter Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beim DGB Niedersachsen, **Lars Niggemeyer**, fokussierte im Anschluss seinen Vortrag auf die (negativen) Erlebnisse im betrieblichen Alltag, die seiner Meinung nach gerade bei den Menschen in prekärer Beschäftigung in den letzten Jahren zu einer Entfremdung von der Demokratie geführt haben. Er rief die Politik auf, die Teilhabe für alle Bevölkerungsschichten wieder zu erhöhen, um dadurch die Output-Legitimation unserer demokratischen Systems wieder zu verbessern.

Nach der Studienvorstellung leitete die Moderatorin **Cosima Schmitt**, Journalistin und ZEIT-Autorin, die Podiumsdiskussion ein. Hierbei ging es u.a. um die nachgewiesene Diskrepanz zwischen Ost und West-Wähler_innen beim Thema der „autoritären“ Einstellungen. **Franziska Schröter** sieht die Ursache hierfür nicht in der gemeinsamen DDR-Geschichte, sondern in den Fehlern, die während der neunziger Jahre gemacht wurden. Diese wirkten sich auf das Gemüt der Menschen der neuen Bundesländer aus. Anschließend appellierte sie daran, dass die aufkommende Politisierung der Bevölkerung genutzt werden müsse, um über Rechtsextremismus aufzuklären und um „die roten Linien“ nachdrücklicher aufzuzeigen. **Boris Pistorius** schloss sich dieser Meinung an und ergänzte, dass jeder Einzelne die Leidenschaft für die Demokratie widererwecken müsse, um gegen rechtsextremistische Einstellungen vorzugehen. Den Mittelpunkt im Kampf gegen Rechtsextremismus sieht der Innenminister in der Kommunikation der Menschen untereinander und in der Rückbesinnung auf unsere demokratischen Werte entscheidende Ansatzpunkte – es beginne immer damit „Probleme anzusprechen und zu benennen“. Alle drei Diskutant_innen waren sich abschließend darin einig, dass es vor allem wichtig sei, dass die Gesellschaft stärker Haltung in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Äußerungen zum Beispiel auch im Alltag zeige.